

2018–  
2021



18

Öffentliche  
Verwaltung  
und Finanzen

Bern 2020

# Öffentliche Finanzen der Schweiz 2018–2021

Hauptpublikation der Finanzstatistik

**Herausgeber:** Eidgenössische Finanzverwaltung  
**Auskunft:** finstat@efv.admin.ch, Tel. 058 462 15 44  
**Redaktion:** Eidgenössische Finanzverwaltung, EFV  
**Inhalt:** Sektion Finanzstatistik, EFV  
**Serie:** Statistik der Schweiz  
**Themenbereich:** 18 Öffentliche Verwaltung und Finanzen  
**Originaltext:** Französisch  
**Übersetzung:** Sektion Sprachdienste EFD  
**Layout:** Sektion Finanzstatistik, EFV  
**Publikationsdatum:** 28. September 2020  
**Online:** <https://www.efv.admin.ch>  
**Copyright:** EFV, Bern  
Wiedergabe unter Angabe der Quelle  
für nichtkommerzielle Nutzung gestattet  
**ISBN :** 978-3-303-18152-2

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Das Wichtigste in Kürze</b>	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>Einleitung</b>	<b>4</b>
<b>3</b>	<b>Die öffentlichen Finanzen der Schweiz nach nationalen Richtlinien (FS)</b>	<b>5</b>
3.1	Finanzierungsergebnis, Einnahmen und Ausgaben . . . . .	5
3.2	Bilanz und Schulden . . . . .	11
<b>4</b>	<b>Die öffentlichen Finanzen der Schweiz nach internationalen Richtlinien (GFS)</b>	<b>15</b>
4.1	Finanzierungssaldo, Einnahmen und Ausgaben . . . . .	15
4.2	Vermögensrechnung und Verschuldung . . . . .	18
4.3	Die öffentlichen Finanzen der Schweiz im internationalen Vergleich . . . . .	22
<b>5</b>	<b>Anhang</b>	<b>26</b>

## 1 Das Wichtigste in Kürze

**Jahr 2020** - Seit 2014 haben sich die öffentlichen Finanzen der Schweiz dank komfortablen Überschüssen ausgesprochen erfreulich entwickelt. Ohne die Krise als Folge der Covid-19-Pandemie hätte sich diese günstige Entwicklung wahrscheinlich auch 2020 fortgesetzt. Noch Anfang März 2020 wurde ein Überschuss von rund 8,5 Milliarden Franken in der Finanzierungsrechnung erwartet. Die Covid-19-Pandemie war in jenem Zeitpunkt bereits als grösster Risikofaktor und als Bedrohung für die kurzfristige Entwicklung der öffentlichen Finanzen erkannt worden. Leider ist dieses Risiko weitgehend eingetreten, sodass die öffentlichen Finanzen der Schweiz wohl ein Rekorddefizit von 24,6 Milliarden erreichen werden (siehe [Abbildung 1](#)). Der Rekordeinbruch der Schweizer Wirtschaft dürfte sich auf allen Staatsebenen äusserst negativ auf die Steuereinnahmen auswirken. Angesichts der ausserordentlichen Lage aufgrund der Pandemie haben die Bundesbehörden zudem ausserordentliche Massnahmen in Höhe von rund 17,8 Milliarden beschlossen, davon 12,2 Milliarden in Form einer Zusatzfinanzierung an die Arbeitslosenversicherung. Die Arbeitslosigkeit dürfte stark steigen und bei den Sozialversicherungen zu erheblich höheren Ausgaben führen, die so ihre Rolle als automatische Konjunkturstabilisatoren für die Wirtschaft erfüllen. Obwohl ein beträchtlicher Teil dieser Massnahmen aus Liquiditätsreserven finanziert werden dürfte, wird das sich für 2020 abzeichnende hohe Defizit der öffentlichen Haushalte aber dennoch zu einer stark wachsenden Verschuldung des Staatssektors führen (siehe [Abbildung 7](#)).

**Jahr 2021** - Die Schweizer Wirtschaft dürfte sich im Jahr 2021 nur mässig erholen, sodass das BIP der Vorkrisenzeit wohl nicht ganz erreicht wird. Diese Entwicklung dürfte nichtsdestotrotz einen Anstieg der Steuereinnahmen erlauben. Die meisten ausserordentlichen Massnahmen werden nächstes Jahr voraussichtlich nicht fortgesetzt, sodass rückläufige Ausgaben des Staatssektors zu erwarten sind. Als Folge der höheren Arbeitslosigkeit dürften die Ausgaben der Sozialversicherungen allerdings auf einem deutlich höheren Niveau als vor der Krise verharren. So dürfte der Staatssektor 2021 ein Defizit von 8,3 Milliarden ausweisen und sich gegenüber den anderen Wirtschaftssektoren weiter verschulden.

**Risiken** - Ein Wiederaufflammen der Covid-19-Pandemie in der Schweiz und bei ihren wichtigsten Handelspartnern ist das grösste Risiko für die kurzfristige Entwicklung der öffentlichen Finanzen der Schweiz. Des Weiteren sind die Verrechnungssteuereinnahmen mit Unsicherheit behaftet, da die Covid-19-Krise das starke Einnahmenwachstum der letzten Jahre bremsen könnte. Jedoch deuten einige vorhandene Indikatoren darauf hin, dass die wirtschaftliche Erholung schneller als erwartet erfolgen könnte. In diesem Szenario könnte die zukünftige Entwicklung der öffentlichen Finanzen der Schweiz günstiger ausfallen als erwartet.

## 2 Einleitung

Das vorliegende Dokument mit dem Titel «Öffentliche Finanzen der Schweiz» ist die neue Hauptpublikation der Sektion Finanzstatistik der Eidgenössischen Finanzverwaltung. Sie soll sowohl den in der Regel jedes Jahr im Oktober veröffentlichten Jahresbericht als auch den bisher Anfang September erschienenen Kurzbericht ersetzen. Diese neue Publikation weist folgende Neuerungen auf:

- Im Vergleich zum Jahresbericht enthält sie deutlich weniger Tabellen. Immer mehr Tabellen, die Teil des Jahresberichts waren, sind auch auf der [Website der EFV](#) abrufbar. In diesem Dokument wird die visuelle Präsentation der Daten in Form von Grafiken vorgezogen. Um die den Grafiken zugrunde liegenden Datentabellen einzusehen, kann man die Daten mit einem Klick auf die Grafik auch im Excel-Format herunterladen. Die Grafiken und Daten dieses Berichts dürfen für nichtkommerzielle Zwecke verwendet werden, wenn die Quelle (Eidgenössische Finanzverwaltung) ausdrücklich genannt wird.
- Im Unterschied zum Jahresbericht wird diese Publikation nicht mehr auf Papier gedruckt und steht nur in elektronischer Form zur Verfügung. Man beachte jedoch, dass der Beitrag der Sektion Finanzstatistik zum [Statistischen Jahrbuch der Schweiz](#) weiterhin gedruckt wird.
- Im Vergleich zum Kurzbericht präsentiert diese Publikation die Entwicklung und Struktur der Einnahmen und Ausgaben nach Arten, die Struktur und Entwicklung der Ausgaben nach Funktionen sowie die Struktur und Entwicklung der Bilanz. Sie enthält auch einen internationalen Vergleich der wichtigsten Indikatoren der öffentlichen Finanzen.
- Der Kürze wegen befasst sich dieser Bericht vorrangig mit der Entwicklung der Finanzen des Staatssektors als Ganzes. Die wichtigsten Entwicklungen der Teilsektoren (Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialversicherungen) werden aber dennoch in einigen Grafiken dargestellt und im Text erläutert.

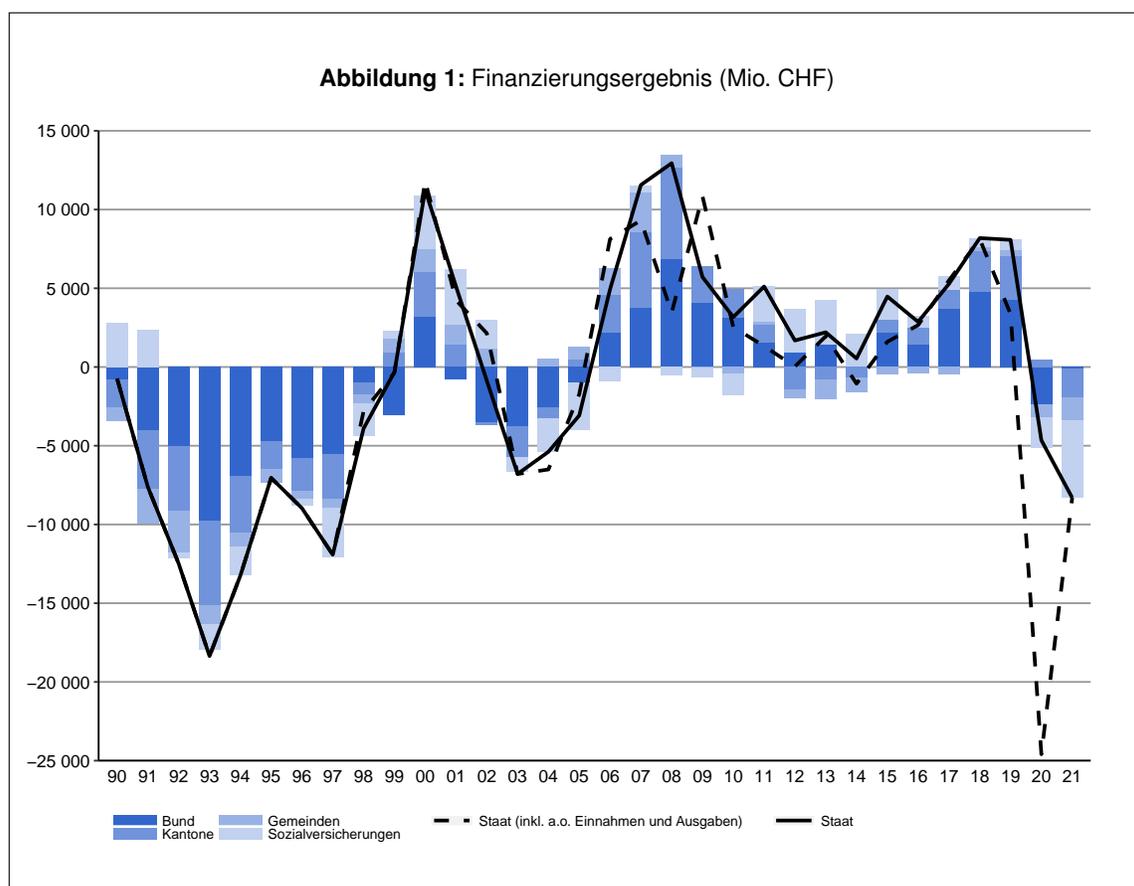
Diese erste Ausgabe der «Öffentlichen Finanzen der Schweiz» enthält die definitiven Zahlen der Finanzstatistik der öffentlichen Haushalte für das Jahr 2018 nach [nationalem](#) und [internationalen](#) Statistikstandard. Auch die ersten provisorischen Ergebnisse für das Jahr 2019 sowie Schätzungen und Prognosen der Hauptaggregate für die Jahre 2020 und 2021 werden darin präsentiert. Für gewisse Aggregate finden Sie auf der [Website der EFV](#) Prognosen bis zum Jahr 2024.

## 3 Die öffentlichen Finanzen der Schweiz nach nationalen Richtlinien (FS)

Für die Finanzstatistik aus nationalem Blickwinkel wird die Kontenstruktur der öffentlichen Haushalte auf der Grundlage des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells der Kantone und Gemeinden (HRM2) vereinheitlicht. Diese Darstellung ermöglicht einen Vergleich zwischen den öffentlichen Haushalten der Schweiz. In [Abschnitt 3](#) werden die wichtigsten Finanzkennzahlen (Ergebnis, Einnahmen, Ausgaben, Bilanz und Schulden) für den Staatssektor und nach den nationalen Richtlinien präsentiert.

### 3.1 Finanzierungsergebnis, Einnahmen und Ausgaben

**Ergebnis der Finanzierungsrechnung** - [Abbildung 1](#) zeigt die Entwicklung des Finanzierungsergebnisses der öffentlichen Haushalte im Zeitraum 1990–2021. Die schwarze Kurve und die blauen Balken stellen die Entwicklung des ordentlichen Finanzierungsergebnisses dar, d.h. die Differenz zwischen den ordentlichen Einnahmen und den ordentlichen Ausgaben für den Staatssektor und die Teilsektoren (Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialversicherungen). Die gestrichelte schwarze Linie veranschaulicht die Entwicklung des Finanzierungssaldos unter Einschluss der ausserordentlichen Einnahmen und Ausgaben. Dementsprechend misst das Finanzierungsergebnis das Gesamtergebnis der Finanzierungsrechnung der öffentlichen Haushalte. Seit 2014 haben sich sowohl das ordentliche Finanzierungsergebnis des Staates als auch das Ergebnis unter Einschluss der ausserordentlichen Einnahmen und Ausgaben tendenziell verbessert. Die Rechnungen der öffentlichen Haushalte (inkl. a.o. Positionen) haben das Jahr 2018 mit einem Überschuss von 8.1 Milliarden Franken abgeschlossen. Gestützt auf die provisorischen Zahlen der Finanzstatistik dürften die Rechnungen der öffentlichen Haushalte das Jahr 2019 mit einem Überschuss von 3,4 Milliarden Franken in der Finanzierungsrechnung abschliessen. Ohne den ausserordentlichen Beitrag von 5 Milliarden Franken zur Rekapitalisierung der Pensionskasse des Kantons Genf (CPEG) hätten die Rechnungen der öffentlichen Haushalte das Jahr 2019 ebenfalls mit einem komfortablen Überschuss von über 8 Milliarden Franken abgeschlossen.

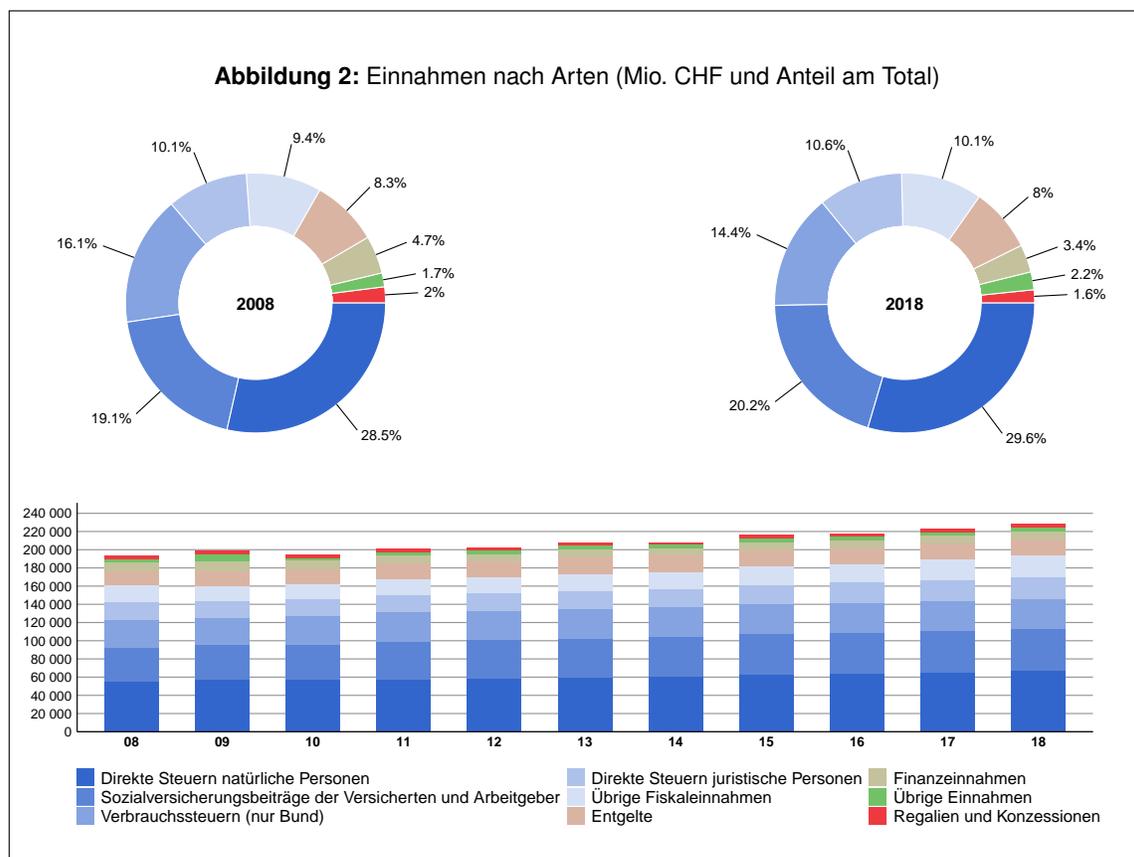


**Jahr 2020** - Ohne die Gesundheits- und Wirtschaftskrise als Folge der Covid-19-Pandemie hätte die günstige Entwicklung der öffentlichen Finanzen wahrscheinlich andauert. Noch Anfang März 2020 wurde ein Überschuss von rund 8,5 Milliarden Franken in der Finanzierungsrechnung erwartet. Die Covid-19-Pandemie war damals bereits als grösster Risikofaktor und als Bedrohung für die kurzfristige Entwicklung der öffentlichen Finanzen erkannt worden. Leider ist dieses Risiko weitgehend eingetreten. So werden die öffentlichen Finanzen der Schweiz dieses Jahr die schwerste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten bewältigen müssen und ein Rekorddefizit von 24,6 Milliarden ausweisen. Das ordentliche Defizit dürfte 4,7 Milliarden betragen. Laut den offiziellen prognosen der Expertengruppe Konjunkturprognosen des Bundes wird für 2020 mit einem Rückgang des nominalen BIP von 6,7 % gerechnet. Diese Prognose beruht auf der Annahme, dass die Schweiz von keiner grossen zweiten Welle der Covid-19-Pandemie erfasst wird. Dieser Rekorderinbruch der Schweizer Wirtschaft dürfte sich auf allen Staatsebenen äusserst negativ auf die Steuereinnahmen auswirken. Die Einnahmen aus den direkten Steuern von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer dürften gegenüber dem Vorjahr einen starken Rückgang verzeichnen. Die Arbeitslosigkeit dürfte substantiell steigen und bei den Sozialversicherungen zu erheblich höheren Ausgaben führen (+16.5 Mrd.), die damit ihre Rolle als

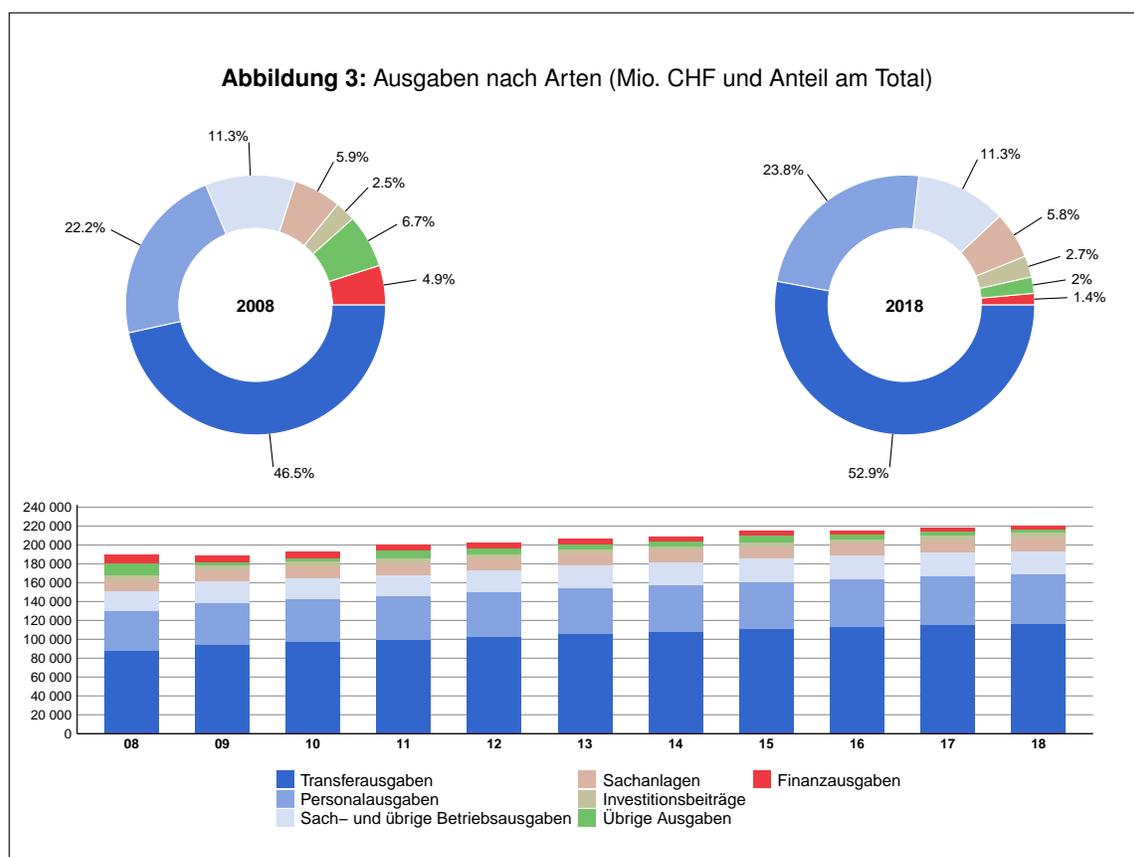
automatische Konjunkturstabilisatoren für die Wirtschaft erfüllen werden. Im Rahmen der durch die Pandemie ausgerufenen ausserordentlichen Lage haben die Bundesbehörden ausserordentliche Massnahmen beschlossen, welche die Bundesrechnung 2020 mit bis zu 17,8 Milliarden belasten können. Die wichtigsten Massnahmen betreffen den Bundesbeitrag an die Arbeitslosenversicherung (12,2 Mrd.), um die Ausweitung der Anspruchsgruppen und das vereinfachte Verfahren für die Voranmeldung von Kurzarbeit zu finanzieren, die Erwerbbersatzentschädigung (2,3 Mrd.), das Sanitätsmaterial (1 Mrd.) und die Unterstützung verschiedener Wirtschaftszweige wie Luftfahrt, Kultur, Sport usw. (2 Mrd.). Obwohl ein beträchtlicher Teil dieser Massnahmen aus Liquiditätsreserven finanziert werden dürfte, wird das sich für 2020 abzeichnende hohe Defizit der öffentlichen Haushalte zu einer stark wachsenden Verschuldung des Staatssektors führen (siehe [Abbildung 7](#)).

**Jahr 2021** - Für das Jahr 2021 ist zu erwarten, dass die öffentlichen Haushalte ihre Finanzierungsrechnung mit einem defizitären ordentlichen Saldo von 8,3 Milliarden Franken abschliessen werden. Zurzeit ist keine grössere ausserordentliche Einnahme oder Ausgabe bekannt, die sich auf das Jahr 2021 auswirken könnte, sodass der Saldo und der ordentliche Saldo ein nahezu identisches Defizit aufweisen dürften. Die kombinierte Wirkung der automatischen Konjunkturstabilisatoren (Steuern und Sozialversicherungen) sowie der umfangreichen Zusatzressourcen, die den verschiedenen Wirtschaftssektoren 2020 von den Behörden zur Verfügung gestellt werden, sollte es den Wirtschaftsakteuren ermöglichen, die Krise relativ unbeschadet zu überstehen und somit im Jahr 2021 gewisse Aufholeffekte auszulösen. Das nominale BIP dürfte deshalb um 5.5 % wachsen, ohne jedoch wieder vollständig das Vorkrisenniveau zu erreichen. Dieser Konjunkturverlauf dürfte den Fiskalertrag 2021 wieder steigern. Insbesondere die Bundessteuern, die stark auf Konjunkturschwankungen reagieren, werden 2021 wieder erheblich steigen. Die meisten krisenbedingten ausserordentlichen Massnahmen werden 2021 voraussichtlich nicht fortgesetzt, sodass die Ausgaben des Staatssektors stark zurückgehen dürften (-11 Mrd.). Allerdings werden die Ausgaben des Teilssektors Sozialversicherungen rund 8 Milliarden über denjenigen vor der Krise liegen, da die Arbeitslosenrate 2021 weiter steigen dürfte. Somit werden die Sozialversicherungen das Jahr 2021 mit einem Defizit von nahezu 5 Milliarden abschliessen, was gut der Hälfte des konsolidierten staatlichen Defizits entspricht. Für 2021 ist ein Anwachsen der nominellen Verschuldung des Staates zu erwarten (siehe [Abbildung 7](#)).

**Risiken** - Ein Wiederaufflammen der Covid-19-Pandemie in der Schweiz und bei ihren wichtigsten Handelspartnern ist das grösste Risiko für die kurzfristige Entwicklung der öffentlichen Finanzen der Schweiz. Des Weiteren sind die Verrechnungssteuereinnahmen mit Unsicherheit behaftet da die Covid-19-Krise das starke Einnahmenwachstum der letzten Jahre bremsen könnte. Jedoch deuten einige vorhandene Indikatoren darauf hin, dass die wirtschaftliche Erholung schneller als erwartet erfolgen könnte. Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen, dürfte das BIP 2020 weniger stark zurückgehen als noch im Juni von der Expertengruppe prognostiziert (-6,2 %). Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote würde dann auch tiefer ausfallen als noch im Juni prognostiziert (3,8 %). In diesem Falle könnten sich die öffentlichen Finanzen der Schweiz besser entwickeln als bisher angenommen.

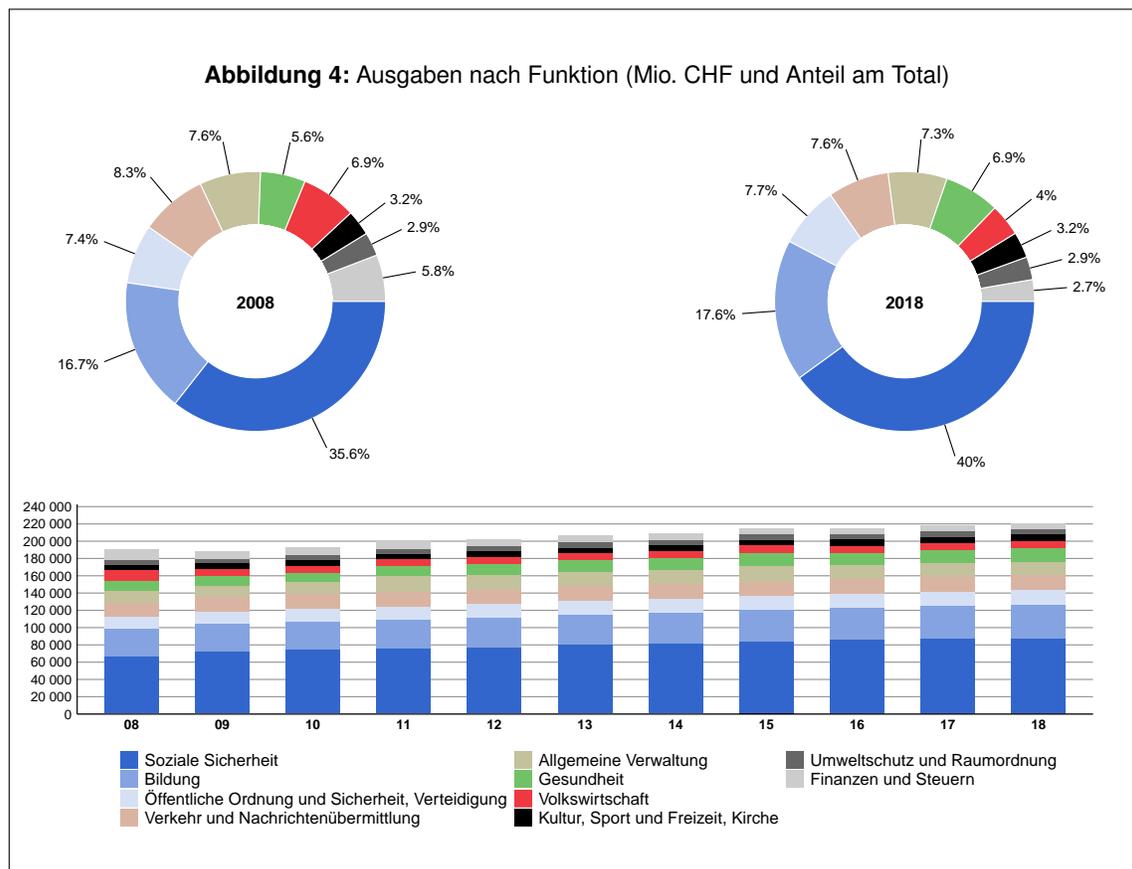


**Einnahmen nach Arten** - Die definitiven Zahlen der Finanzstatistik für das Jahr 2018 geben Aufschluss über die Struktur der Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors. In [Abbildung 2](#) werden die Entwicklung und die Struktur der Einnahmen des Staatssektors gemäss Artengliederung des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells für die Kantone und Gemeinden (HRM2) dargestellt. Seit 2008 sind die Staatseinnahmen um 35 Milliarden gestiegen, was einem Wachstum von 18,3% entspricht. Wie der [Abbildung 2](#) zu entnehmen ist, blieb die Finanzierungsstruktur des Staatssektors im Zeitraum 2008–2018 sehr stabil. Mit einem Anteil von rund 85% der Gesamteinnahmen im Jahr 2018 sind die Steuern die wichtigste Finanzierungsquelle des Staates. Von den Gesamteinnahmen in Höhe von 228,6 Milliarden Franken stammten über 190 Milliarden aus den verschiedenen Steuerarten. Mit 67,6 Milliarden Einnahmen oder nahezu 30% des Totals von 2018 sind die Einnahmen aus den direkten Steuern der natürlichen Personen die wichtigste Einnahmenkategorie des Staatssektors. An zweiter Stelle stehen die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge an die Sozialversicherungen, die zu Einnahmen von 46 Milliarden oder 20,2% der Gesamteinnahmen führen. Auf diese beiden Kategorien entfällt knapp die Hälfte der Einnahmen des Sektor Staat.



**Ausgaben nach Arten** - Die Struktur der Ausgaben nach Arten scheint volatil zu sein als diejenige der Einnahmen, wie der [Abbildung 3](#) zu entnehmen ist. Der Anteil der Transferausgaben am Total ist von 46,5% im Jahr 2008 auf 52,9% im Jahr 2018 gestiegen. Über einen Zeitraum von 10 Jahren entspricht dies einer Zunahme von 28,3 Milliarden Franken. Umgekehrt ist der Anteil der Finanzausgaben am Total zwischen 2008 und 2018 von 4,9% auf 1,4% gesunken. Dieser Rückgang entspricht einem Betrag von rund 6 Milliarden Franken über einen Zeitraum von 10 Jahren. Er erklärt sich einerseits durch anhaltend rückläufige Zinssätze seit 2008 und andererseits durch den Abbau der öffentlichen Schulden im gleichen Zeitraum. Der Anteil der Personal- und Sachausgaben an den Gesamtausgaben schliesslich ist seit 2008 sehr stabil geblieben, wie aus der [Abbildung 3](#) hervorgeht. Diese Zahlen zeigen tendenziell, dass ein Teil der Mittel, die durch den Rückgang der Finanzausgaben und der übrigen Aufwandrubriken des Staatssektors freigeworden sind, via Transferausgaben vor allem den anderen Wirtschaftssektoren (Unternehmen, Haushalte) zugeflossen ist. Die Finanzstatistik verfügt zwar nicht über definitive Zahlen für die Ausgaben nach Arten der Jahre 2019 bis 2021, die verfügbaren Daten und Informationen deuten jedoch darauf hin, dass der Transferanteil an den gesamten Staatsausgaben weiter wachsen wird. Namentlich die wegen der Covid-19-Krise ergriffenen Massnahmen bestehen im Wesentlichen aus Transferausgaben zugunsten von krisenbetroffenen Unternehmen, Arbeitnehmenden und Selbst-

ständigerwerbenden.



In [Abbildung 2](#) werden die Entwicklung und die Struktur der Ausgaben des Staatssektors gemäss funktionaler Gliederung des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells für die Kantone und Gemeinden (HRM2) dargestellt. Die Gesamtausgaben beliefen sich im Jahr 2018 auf 220 Milliarden, was einer Zunahme um 30,6 Milliarden seit 2008 entspricht (+16%). 2018 betrug die Ausgaben des Staatssektors für die soziale Sicherheit 88,2 Milliarden Franken oder 40% der Gesamtausgaben. Seit 2008 sind die Ausgaben für die soziale Sicherheit um 20,6 Milliarden gestiegen. Dieser Anstieg ist hauptsächlich auf die Erhöhung der Transferausgaben an die Haushalte für die Alters- und Hinterlassenenversicherung zurückzuführen. Sie sind seit 2008 um 10,4 Milliarden gestiegen. Auch die Ausgaben im Bereich Sozialhilfe und Asylwesen haben sich seit 2008 um 3,3 Milliarden erhöht. In den Bereichen Arbeitslosigkeit, Invalidität, Krankheit und Unfall sind die Ausgaben im gleichen Zeitraum um 5 Milliarden gestiegen.

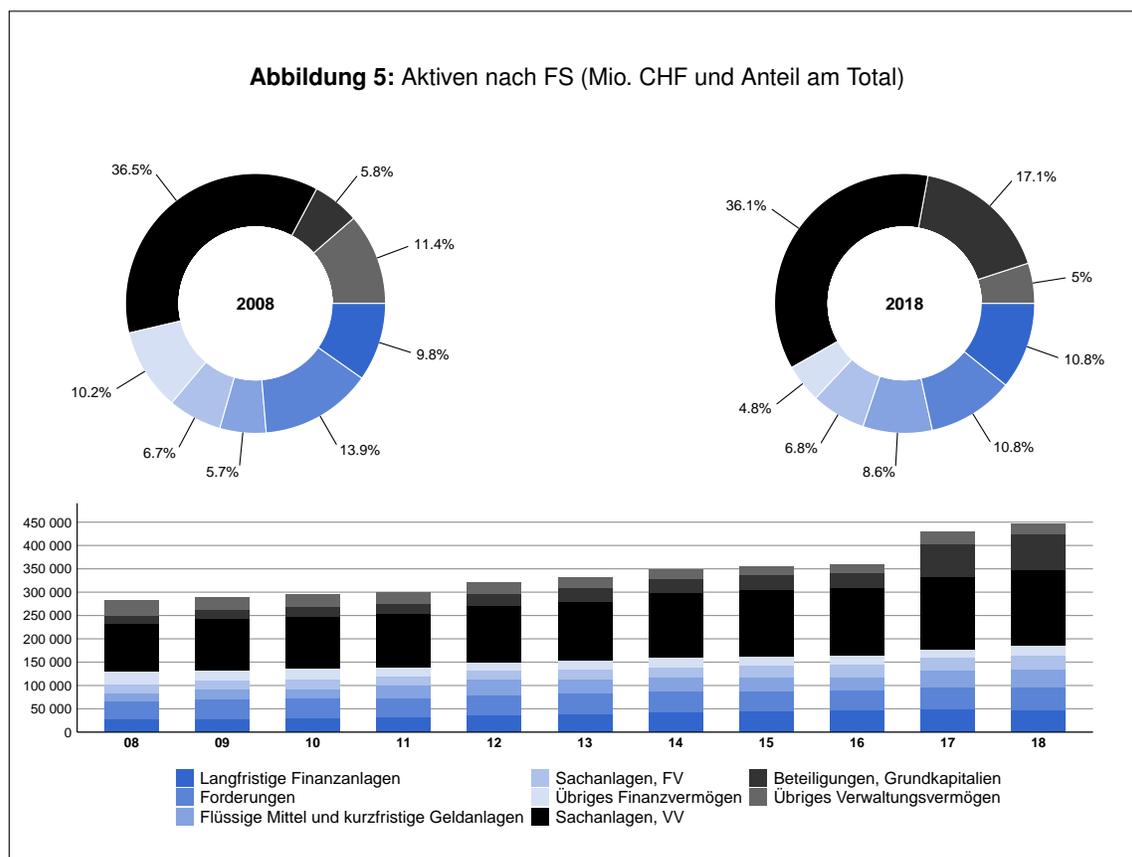
Die Bildung stellt in der funktionalen Gliederung den zweitgrössten Ausgabeposten dar. 2018 gab der Staat für die Bildung 38,9 Milliarden aus, was 17,6% der Gesamtausgaben entspricht. Seit 2008 sind die Bildungsausgaben um 7,2 Milliarden gestiegen. Die höchsten Anstiege verzeichneten die Bereiche obligatorische Schule (+2,7 Milliarden), Hochschulen (+2,1 Mrd.) und Forschung

(+1,6 Mrd).

Somit entfallen über 50% der Ausgaben des Staatssektors auf die soziale Sicherheit und die Bildung. Als Folge der Wirtschafts- und Gesundheitskrise erscheint es naheliegend davon auszugehen, dass der Anteil der sozialen Sicherheit an den Gesamtausgaben bis 2021 weiter ansteigen wird.

### 3.2 Bilanz und Schulden

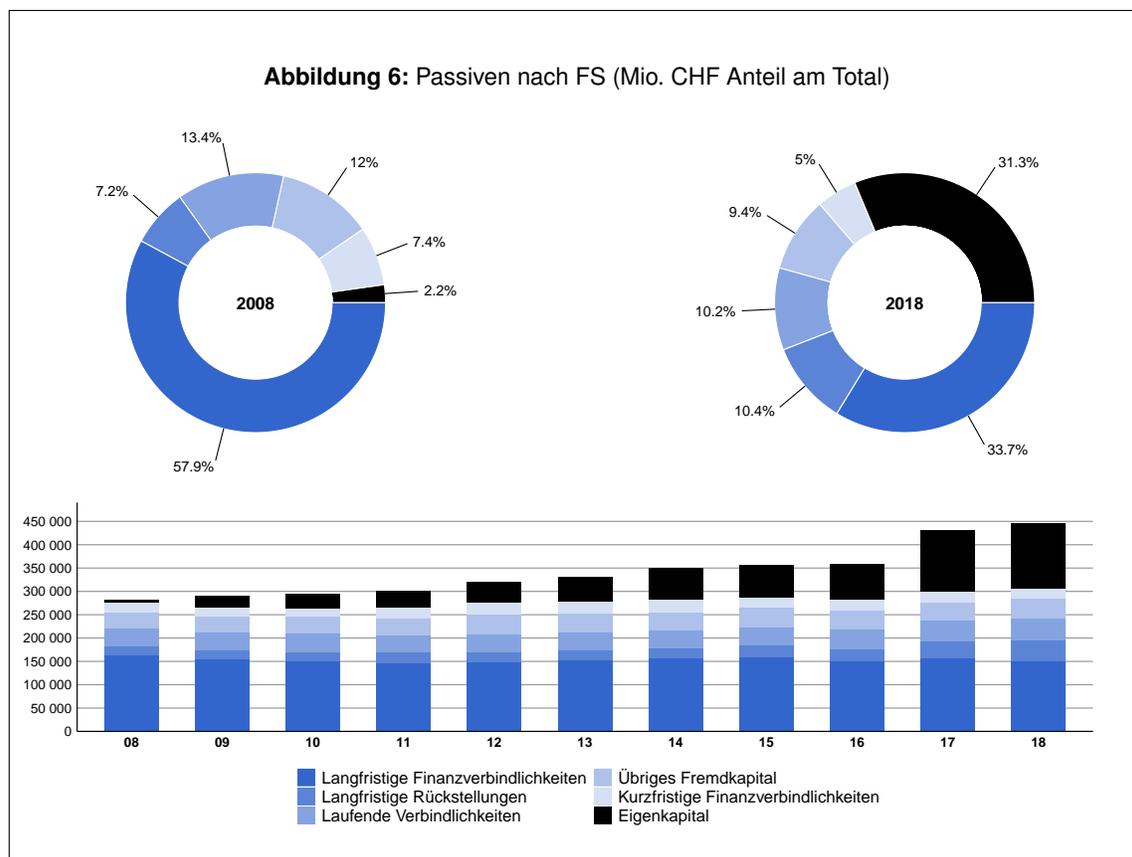
Der [Unterabschnitt 3.2](#) befasst sich mit der Entwicklung und Struktur der Bilanz des Staatssektors seit 2008. Auch die Entwicklung der Bruttoschulden seit 1990 werden darin behandelt.



**Aktiven<sup>1</sup>** - Ende 2018 beliefen sie die Aktiven der Staatsbilanz auf insgesamt 445,9 Milliarden, 16,4 Milliarden (3,8%) mehr als Ende 2017. Seit Ende 2008 hat sich die Bilanzsumme um 164,7 Milliarden erhöht. Dieser starke Anstieg ist zu einem grossen Teil den Aufwertungen auf Aktiven der Kantone und Gemeinden beim Übergang zum neuen Harmonisierten Rechnungslegungsmodell (HRM2) zuzuschreiben. Die Wertberichtigungen auf Aktiven betreffen überwiegend die Sach-

<sup>1</sup>Die Begriffe "Aktive" und "Forderungen" sind gleichwertig und werden in dieser Publikation als Synonym verwendet.

anlagen des Verwaltungsvermögens. Ihr Wert ist seit Ende 2008 um 58,5 Milliarden gestiegen und beläuft sich auf 36,1% der Gesamtbilanz. Mit einem Mehrbetrag von 59,9 Milliarden Franken sind seit Ende 2008 auch die Beteiligungen stark angewachsen. Der Anteil der Beteiligungen an den bilanzierten Aktiven ist zwischen 2008 und 2018 von 5,8% auf 17,1% angewachsen. Was das Finanzvermögen betrifft, ist der Bestand an flüssigen Mitteln und kurzfristigen Geldanlagen seit 2008 um 22,3 Milliarden gewachsen. Auch bei den langfristigen Finanzanlagen wurde seit 2008 ein starker Anstieg um 20,8 Milliarden verzeichnet.



**Passiven<sup>2</sup>** - Gemäss den definitiven Zahlen der Finanzstatistik für das Jahr 2018 betrug das Fremdkapital des Staatssektors (siehe [Abbildung 6](#)) 306,4 Milliarden Franken. Gegenüber Ende 2017 entspricht dieser Betrag einer Zunahme um 7,2 Milliarden Franken (+2,4%) und seit Ende 2008 um 31 Milliarden Franken (+11,4%). Für diese Entwicklung ist in erster Linie die Erhöhung der langfristigen Rückstellungen verantwortlich, die um 25,9 Milliarden (+127,6%) über dem Wert von Ende 2008 liegen. Der Anstieg der langfristigen Rückstellungen ist im Wesentlichen dem Teilsektor Bund zuzuschreiben, dessen Rückstellungen für zukünftige Rückerstattungsforderungen

<sup>2</sup>Die Begriffe "Passive" und "Verbindlichkeiten" sind gleichwertig und werden in dieser Publikation als synonym verwendet.

seit 2008 stark angewachsen sind.<sup>3</sup> Die laufenden Verbindlichkeiten sowie die Rechnungsabgrenzungen sind seit Ende 2008 ebenfalls um 8 bzw. 7,3 Milliarden Franken angewachsen.

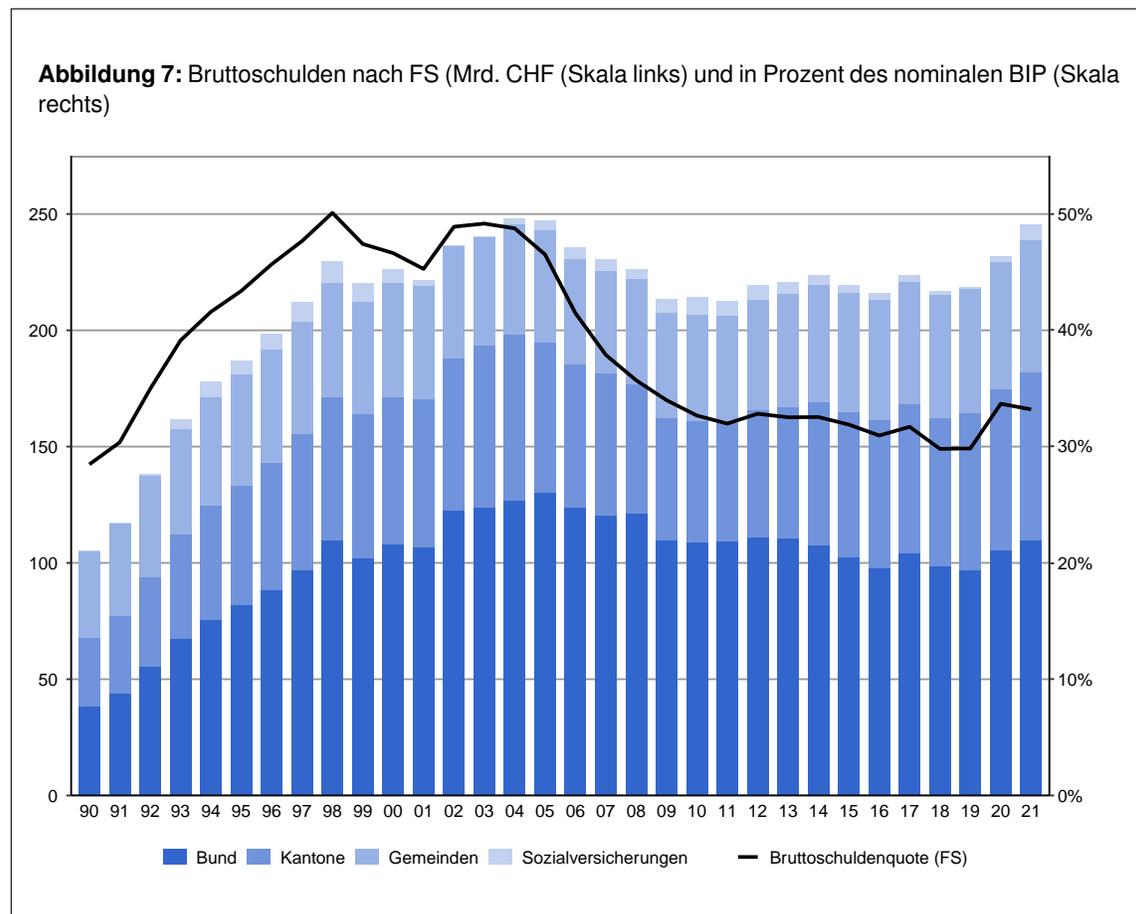
Hingegen sind die langfristigen Finanzverbindlichkeiten seit Ende 2017 um 6 Milliarden Franken und seit Ende 2008 um 12,4 Milliarden Franken gesunken. Dieser Rückgang ist hauptsächlich der Reduktion der langfristigen Finanzverbindlichkeiten des Bundes um 23,4 Milliarden seit Ende 2008 zuzuschreiben. Gleichzeitig sind die langfristigen Finanzverbindlichkeiten von Kantonen und Gemeinden um 11 Milliarden Franken gestiegen. Der starke Eigenkapitalanstieg schliesslich ist vor allem dem Bilanzüberschuss des Staatssektors zuzuschreiben, der sich seit Ende 2008 um 93,9 Milliarden erhöht hat. In geringerem Masse erklärt er sich auch durch die gestiegenen Spezialfinanzierungen (+25 Mrd.).

Die Entwicklung der verschiedenen Passivpositionen in der Bilanz widerspiegelt sich in seiner Struktur (siehe [Abbildung 6](#)). Der Anteil der langfristigen Finanzverbindlichkeiten ist um 24,2 Prozentpunkte auf 33,7% der gesamten Passiven gesunken. Dafür hat sich der Eigenkapitalanteil um 29,1 Prozentpunkte auf 31,3% erhöht. Die Anteile der übrigen Positionen sind entsprechend gesunken.

**Bruttoschulden** - Die Summe der laufenden Verbindlichkeiten, der kurz- und langfristigen Finanzverbindlichkeiten nach Abzug des bilanzierten Wertes der kurz- und langfristigen derivativen Finanzinstrumente sowie des Bilanzwerts der passivierten Investitionsbeiträge entspricht den Bruttoschulden nach den nationalen Richtlinien (FS Modell)<sup>4</sup>. [Abbildung 7](#) veranschaulicht die Entwicklung der nominalen Bruttoschulden seit 1990 für den Staatssektor und die vier Teilsektoren (blaue Balken) sowie die Entwicklung der Bruttoschulden in Prozent des nominalen BIP für den Staatssektor (schwarze Kurve). Die nominalen Bruttoschulden stiegen Anfang der Neunzigerjahre in hohem Tempo und erreichten 2004 mit 245,9 Milliarden Franken einen Höchstwert. 2004 begannen die Bruttoschulden nominal und in Prozent des BIP unter anderem dank einer günstigen Wirtschaftslage zu sinken. Dieser Trend hielt bis 2011 an und verlangsamte sich dann deutlich. Zwischen 2012 und 2018 stabilisierten sich die Bruttoschulden bei 213 bis 219 Milliarden Franken. Im Jahr 2019 dürften sie bei 216,9 Milliarden Franken liegen. Als Folge der Gesundheits- und Wirtschaftskrise werden die Bruttoschulden des Sektors Staat im Jahr 2020 voraussichtlich um 11,5 Milliarden Franken und 2021 um weitere 9 Milliarden steigen.

<sup>3</sup>Im Jahr 2019 wurden diese Rückstellungen für die Verrechnungssteuer erstmals nach einer überarbeiteten Bewertungsmethode berechnet. Um ihre Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden die Vorjahreszahlen (2018) rückwirkend angepasst (Aufwertung). Als Folge dieser Aufwertung steigen die Rückstellungen per Ende 2018 um 7,8 Milliarden und die Einnahmen 2018 aus der Verrechnungssteuer um 200 Millionen.

<sup>4</sup>Bei den Teilsektoren Bund und sozialen Versicherungen beinhaltet diese Definition noch die Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Haushalten.



## 4 Die öffentlichen Finanzen der Schweiz nach internationalen Richtlinien (GFS)

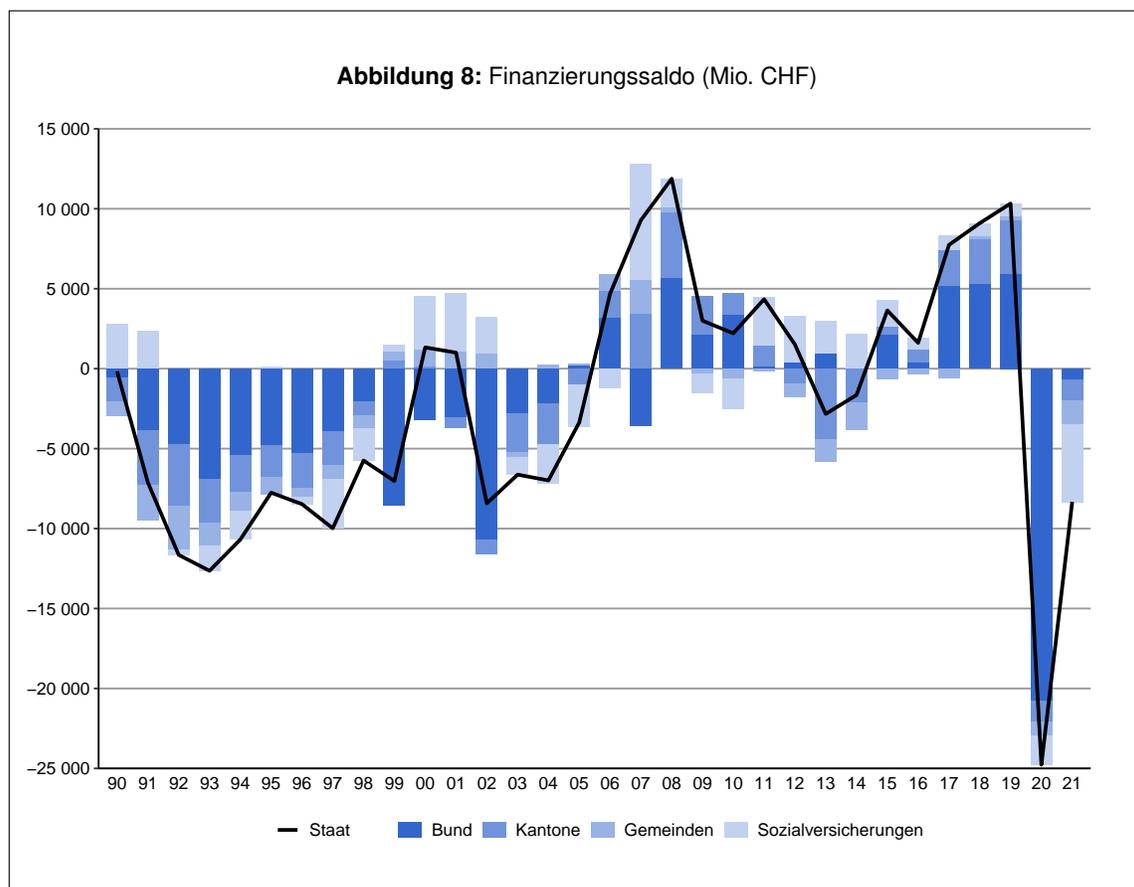
Zu Zwecken der internationalen Vergleichbarkeit werden die Finanzen der öffentlichen Haushalte auch nach den Richtlinien des IWF veröffentlicht. In [Abschnitt 4](#) werden die Hauptaggregate (Erfolg, Einnahmen, Ausgaben, Vermögensrechnung und Verschuldung) für den Staatssektor nach den Richtlinien des Internationalen Währungsfonds präsentiert.<sup>5</sup> Dieser [Abschnitt 4](#) enthält auch einen internationalen Vergleich der wichtigsten Finanzkennzahlen (siehe [Unterabschnitt 4.3](#)).

### 4.1 Finanzierungssaldo, Einnahmen und Ausgaben

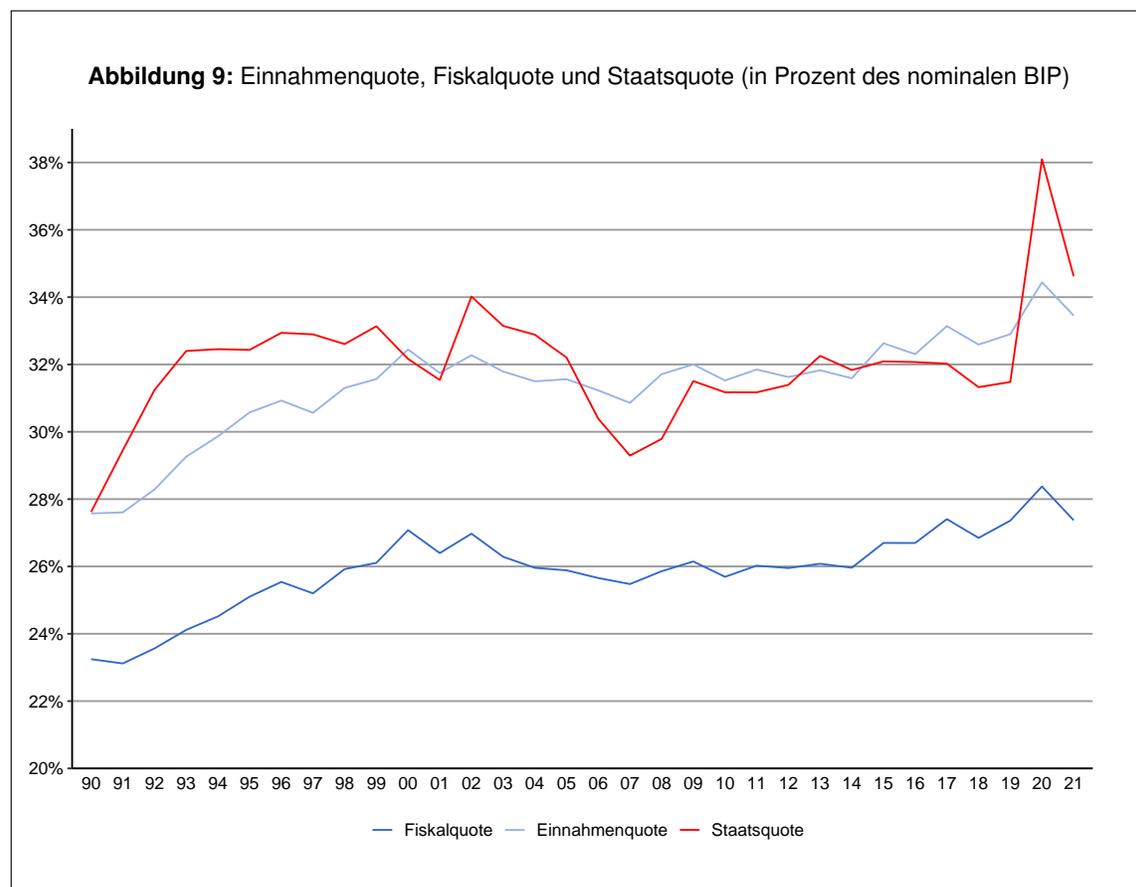
**Saldo der Finanzierungsrechnung** - [Abbildung 8](#) veranschaulicht den Saldo der Finanzierungsrechnung für den Zeitraum 1990 bis 2021 nach den Richtlinien des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die schwarze Kurve sowie die blauen Balken illustrieren den Gesamtsaldo der Finanzierungsrechnung der öffentlichen Haushalte, d. h. die Differenz zwischen den Gesamteinnahmen und -ausgaben des Staatssektors sowie der Teilsektoren (Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialversicherungen). Seit 1990 hat sich der Saldo nach GFS-Methodik sehr ähnlich wie der Saldo nach FS-Methodik entwickelt (siehe gestrichelte Linie der [Abbildung 1](#)). Im Zeitraum 2018–2021 betrifft der Hauptunterschied zwischen den beiden Saldo-Konzepten das Jahr 2019. Nach den Richtlinien des IWF (GFS) belastet die Rekapitalisierung der Pensionskasse des Kantons Genf (CPEG) die Finanzierungsrechnung nicht gleich wie nach den nationalen Richtlinien (FS). Der GFS-Saldo 2019 weist deshalb einen Überschuss von 10,3 Milliarden Franken auf. Die FS- und GFS-Saldi sind in den Jahren 2018, 2020 und 2021 nahezu identisch. Deshalb gelten die Erklärungen und Kommentare von [Unterabschnitt 3.1](#) auch für den GFS-Saldo.

---

<sup>5</sup>Für die in diesem Bericht veröffentlichten Daten und Indikatoren gelten die Grundsätze des «Government Finance Statistics Manual» (GFSM 2014) des IWF.



**Einnahmen und Ausgaben** - Zu den Zielen der internationalen Richtlinien des IWF gehört der Einbezug des Staatssektors in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR). Damit ist die Kompatibilität der Finanzkennzahlen nach den GFS-Richtlinien mit den Kennzahlen der VGR gewährleistet. [Abbildung 9](#) zeigt die Entwicklung der wichtigsten Finanzkennzahlen seit 1990 in Prozent des BIP auf. Anhand dieser Kennzahlen kann das Gewicht des Staatssektors in der Wirtschaft gemessen werden.



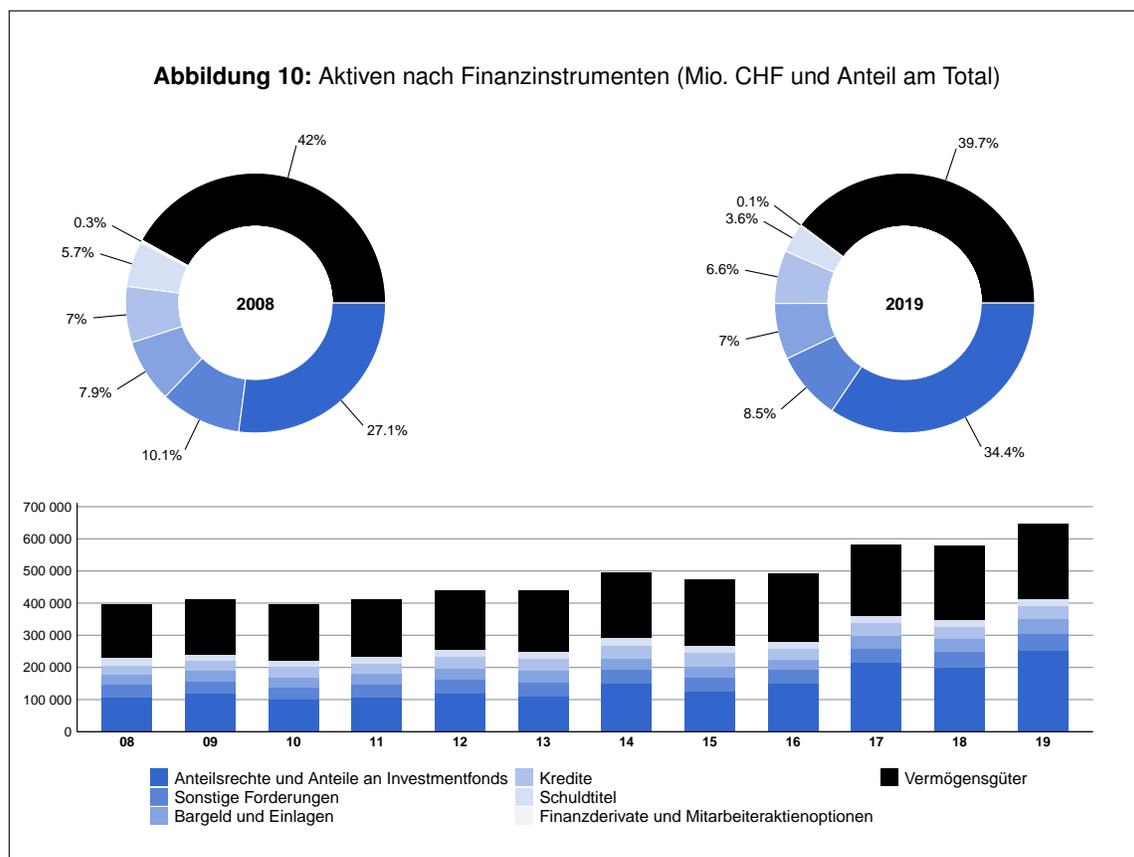
**Einnahmenquote und Fiskalquote** - Die Einnahmenquote und die Fiskalquote (blaue Linien in der [Abbildung 9](#)) messen den zur Finanzierung der staatlichen Tätigkeit (einschliesslich Transfer an andere Wirtschaftssektoren) verwendeten Wertschöpfungsanteil. Die Einnahmenquote, die den Gesamteinnahmen im Verhältnis zum nominalen BIP entspricht, und die Fiskalquote, die für die Fiskaleinnahmen des Staatssektors (Steuern und Beiträge an die Sozialversicherungen) im Verhältnis zum nominalen BIP steht, entwickeln sich seit 1990 ähnlich. Dies deutet darauf hin, dass der Anteil der nichtfiskalischen Einnahmen stabil geblieben ist und die Einnahmendynamik im Wesentlichen von der Entwicklung der Steuereinnahmen bestimmt wird. Die Fiskalquote stieg ab den 90er-Jahren schnell an. Danach stabilisierte sie sich zwischen 2000 und 2014 bei rund 26% des BIP. Ab 2015 stieg sie wieder leicht und erreichte 2017 mit 27,4% des BIP den höchsten Stand seit 1990. 2018 sank die Fiskalquote um 0,6 Prozentpunkte auf 26,8% des BIP. Gemäss den provisorischen Zahlen der Finanzstatistik dürfte sie 2019 wieder auf 27,4% steigen. Die Gesundheits- und Wirtschaftskrise im Zuge der Covid-19-Pandemie dürfte die Fiskalquote 2020 um einen Prozentpunkt auf 28,4% ansteigen lassen. Diese Erhöhung lässt sich dadurch erklären, dass das BIP stärker zurückgeht als die Fiskaleinnahmen, die namentlich auf Kantons- und Gemeindeebene grundsätzlich mit einer gewissen Verzögerung auf Konjunkturschwankungen reagieren. 2021

dürfte die Fiskalquote vor allem als Folge des wachsenden nominalen BIP wieder auf 27,4%, ihren Stand wie vor der Krise, sinken.

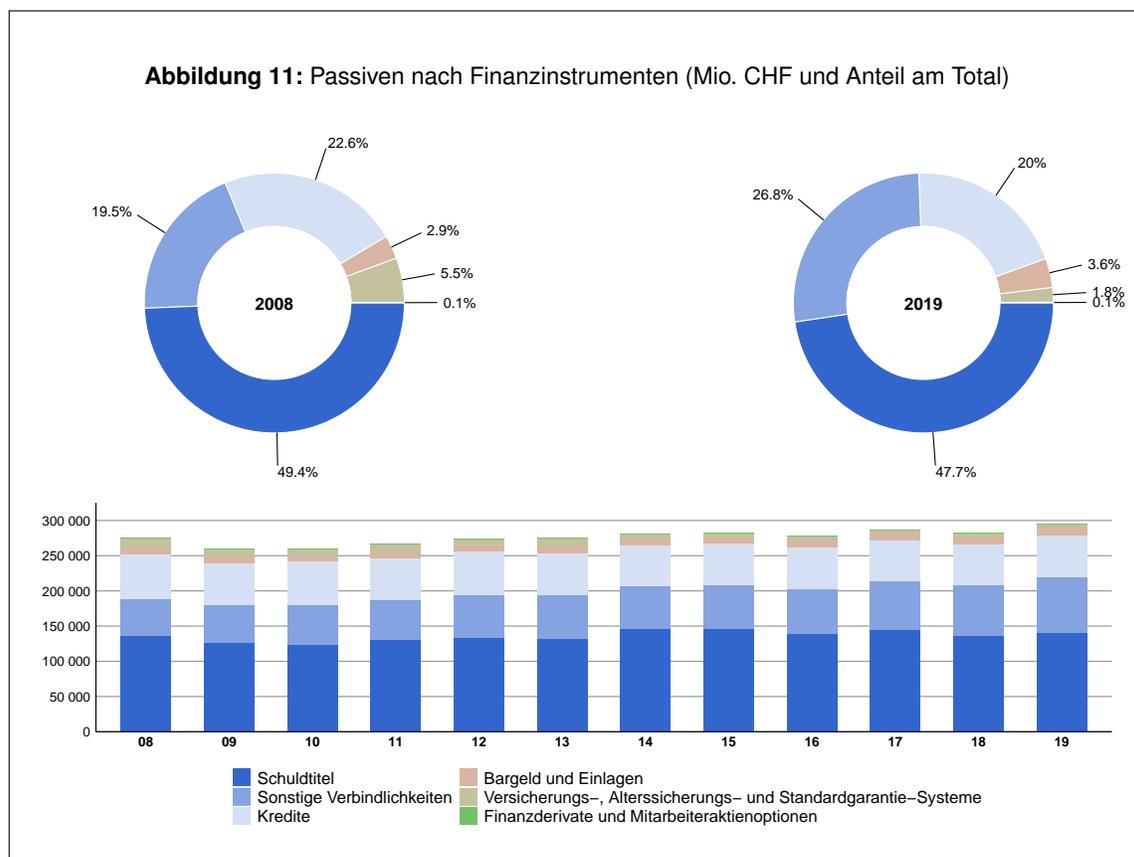
**Staatsquote** - Die Staatsquote (rote Linie in der [Abbildung 9](#)) misst die vom Staat im Rahmen seiner Tätigkeit (einschliesslich der Transfers an die anderen Wirtschaftssektoren) verbrauchten Ressourcen in Prozent des nominalen BIP. Die Staatsquote stieg in den 90er-Jahren stark von 27,6% im Jahr 1990 auf 34% im Jahr 2002. Als Folge der sehr günstigen Wirtschaftslage zwischen 2004 und 2008 sank die Staatsquote anschliessend stark und lag 2008 noch bei 29,8%. Von 2009 bis 2017, war die Wachstumsrate der Staatsausgaben leicht höher als jene des BIP und infolge dessen erhöhte sich die Staatsquote auf 32%. In der Folge sank die Staatsquote geringfügig um 0,7 Prozentpunkte auf 31,3% in 2018 und 31,5% in 2019. Die Massnahmen zur Bewältigung der pandemiebedingten Wirtschaftskrise und der sehr starke Rückgang des BIP dürften die Staatsquote 2020 um knapp 7 Prozentpunkte auf 38,1% des BIP in die Höhe treiben. Das ist die höchste jährliche Zunahme seit 1990. Für 2021 wird erwartet, dass die Staatsquote wieder um 3,5 Prozentpunkte auf 34,6% fällt. Damit wird sie noch nicht zum Vorkrisenstand zurückkehren, vor allem aufgrund gewisser Massnahmen auf der Ausgabenseite, die auch nächstes Jahr anfallen aber auch, weil das BIP 2021 noch nicht wieder den Vorkrisenstand erreichen wird.

## 4.2 Vermögensrechnung und Verschuldung

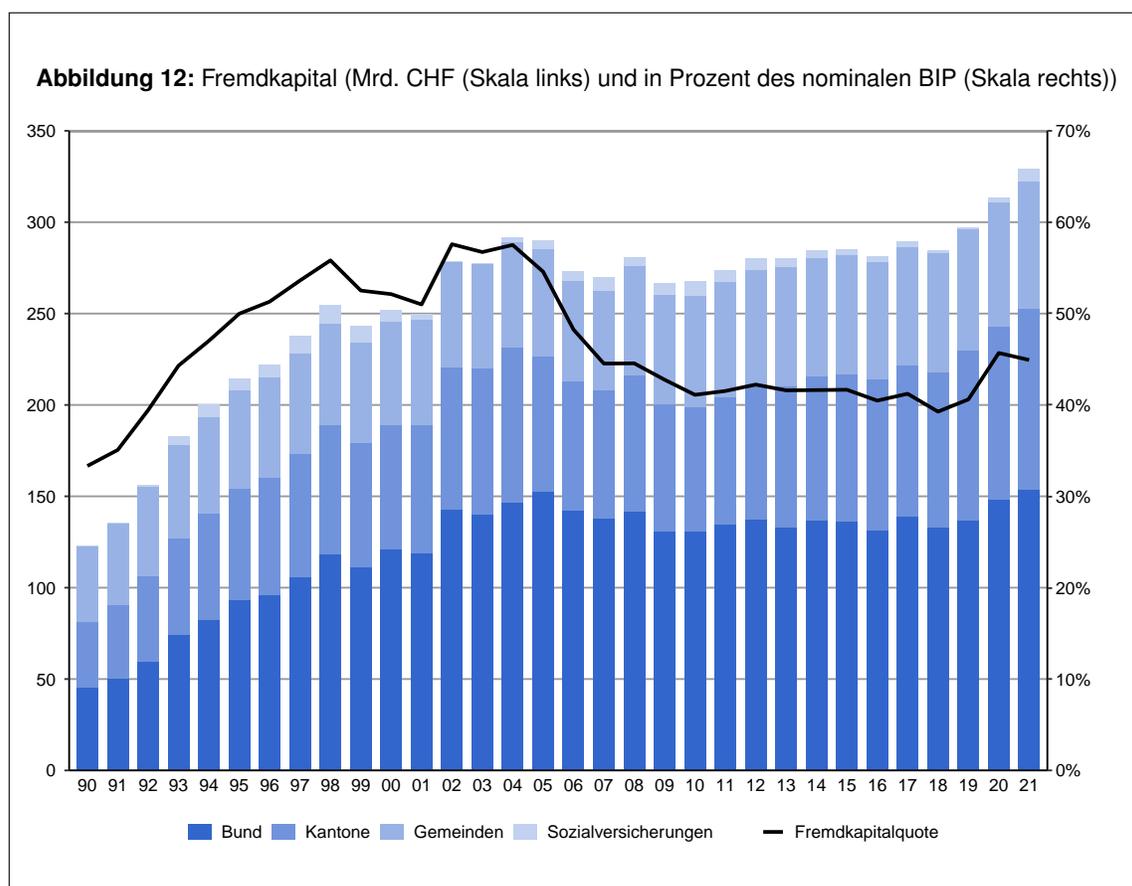
Ende 2019 dürfte die nach den internationalen Richtlinien präsentierte Bilanzsumme gemäss den provisorischen Zahlen der Finanzstatistik 647 Milliarden erreichen. Somit ist davon auszugehen, dass die Bilanzsumme gegenüber Ende 2018 um 68,5 Milliarden (+11,9%) steigen wird. Im Vergleich zu 2008 ist die Bilanzsumme um 251,4 Milliarden (+63,5%) gestiegen. Nach den GFS-Richtlinien werden die Vermögenspositionen nach Finanzinstrumenten gegliedert und möglichst zu ihrem Marktwert bewertet. Die GFS-bzw. die FS-Richtlinien wenden somit ein unterschiedliches Konzept der Vermögensrechnung bzw. Bilanz an.



**Aktiven** - [Abbildung 10](#) veranschaulicht die einzelnen Vermögenspositionen der Aktiven, gegliedert nach Finanzinstrumenten. Die Entwicklung des Werts der Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds sticht besonders ins Auge. Der Wert dieser Art von Finanzinstrumenten ist seit 2008 um 145 Milliarden Franken (+135%) gestiegen. Seit 2008 hat sich ihr Anteil an der Bilanzsumme von 27,1% auf 34,4% erhöht. Dieses starke Wachstum erklärt sich dadurch, dass Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds zu ihrem Marktwert erfasst werden. Ihre Entwicklung seit 2008 widerspiegelt dementsprechend die Performance der Finanzmärkte über diesen Zeitraum. Die Entwicklung der Finanzmärkte erklärt auch die starke Volatilität der Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds. Nach einem Rückgang um 15 Milliarden zwischen 2017 und 2018 ist der Wert der Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds 2019 aufgrund der Wertzuwächse auf den Finanzmärkten im letzten Jahr um 52,8 Milliarden gestiegen. Der Wert der übrigen Kategorien von Finanzinstrumenten unter den bilanzierten Aktiven hat sich im Vergleich zu den Anteilsrechten und Anteilen an Investmentfonds deutlich weniger erhöht. Ihr Anteil an der Bilanzsumme ist seit 2008 entsprechend gesunken, wie es der [Abbildung 10](#) zu entnehmen ist.



**Passiven** - [Abbildung 11](#) veranschaulicht die Struktur der bilanzierten Passiven (auch Verbindlichkeiten genannt) des Staates sowie ihre zeitliche Entwicklung. Ende 2019 dürften die Passiven gestützt auf die provisorischen Zahlen der Finanzstatistik insgesamt 295,5 Milliarden erreichen. Mit einem Anteil von 47,7% am Total von 2019 bilden die Schuldtitel die wichtigsten Instrumente. [Abbildung 11](#) zeigt, dass ihr Wert und ihr Anteil am Total relativ konstant geblieben sind. Seit 2008 haben sie sich um 4,8 Milliarden erhöht bzw. um 1,7 Prozentpunkte verringert. Umgekehrt ist der Wert der sonstigen Verbindlichkeiten sowie ihr Anteil an der Summe der Verbindlichkeiten zwischen 2008 und 2019 um 6,4 Milliarden bzw. 7,3 Prozentpunkte gestiegen. Diese Erhöhung ist den Steuerschulden und den passiven Rechnungsabgrenzungen zuzuschreiben. Die Summe der bilanzierten Passiven gemäss [Abbildung 11](#) unter Abzug der Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen misst die Bruttoverschuldung nach den internationalen GFS-Richtlinien. Die Bruttoverschuldung nach den internationalen GFS-Richtlinien als Prozentsatz des nominalen BIP entspricht der Schuldenquote des Staatssektors, auch Fremdkapitalquote genannt.



**Fremdkapitalquote** - Der [Abbildung 12](#) ist die Entwicklung der Fremdkapitalquote sowie des Fremdkapitals in Franken zu entnehmen. Das Fremdkapital misst die Bruttoschulden des Staatssektors nach den Richtlinien des IWF. Gestützt auf die provisorischen Zahlen der Finanzstatistik dürfte die Fremdkapitalquote 2019 rund 7 Prozentpunkte über der FS-Bruttoschuldenquote liegen (siehe [Abbildung 7](#)). Obwohl diese Differenz mit der Zeit tendenziell grösser wird und die Volatilität der Fremdkapitalquote zunimmt, zeichnen die beiden Indikatoren seit 1990 einen ähnlichen Schuldenverlauf nach (siehe [Abbildung 7](#)). 2018 belief sich der Fremdkapitalwert auf 282,6 Milliarden oder 39,3% des BIP. 2019 dürfte er um rund 12,5 Milliarden auf 295,2 Milliarden steigen (40,6% des BIP). Diese Entwicklung ist im Wesentlichen dem höheren Marktwert der Schuldtitel sowie dem Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten zuzuschreiben. Sie betrifft jedoch nicht alle Teilsektoren des Staates. Während der Fremdkapitalwert des Bundes und der Kantone erheblich steigen dürfte, wird sich derjenige der Gemeinden schwach erhöhen und derjenige der Sozialversicherungen rückläufig sein.

Aufgrund der Gesundheits- und Wirtschaftskrise muss ein Teil des für 2020 erwarteten hohen Defizits des Staatssektors (24,7 Mrd.) über Fremdkapital finanziert werden. Der Wert des Fremdkapitals dürfte um 14,7 Milliarden steigen. Es ist zu erwarten, dass die Fremdkapitalquote um 5,1

Prozentpunkte steigt und Ende 2020 bei 45.7% liegt. Dieser starke Anstieg der Quote lässt sich teilweise mit dem erwarteten starken Rückgang des BIP im laufenden Jahr erklären. 2021 dürfte sich das Fremdkapital des Staatssektors unter anderem aufgrund eines erwarteten Defizits von 8,3 Milliarden Franken um 11,6 Milliarden erhöhen. Als Folge der Konjunkturbelebung und des BIP-Wachstums dürfte die Fremdkapitalquote geringfügig auf 44.9% sinken.

### 4.3 Die öffentlichen Finanzen der Schweiz im internationalen Vergleich

Da die Statistik der öffentlichen Finanzen der Schweiz nach den internationalen Richtlinien dargestellt wird, lässt sie sich mit der Statistik der öffentlichen Finanzen anderer Staaten vergleichen. In [Unterabschnitt 4.3](#) wird für eine Auswahl von Ländern oder Ländergruppen, unter anderem der Schweiz, ein internationaler Vergleich der wichtigsten Finanzkennzahlen durchgeführt. Dazu gehören die Defizit-/Überschussquote, die Fremdkapitalquote, die Einnahmenquote und die Staatsquote. Diese Kennzahlen werden als Prozentsatz des nominalen BIP angegeben.

**Tabelle 1:** Defizit-/Überschussquote und Fremdkapitalquote<sup>6</sup>

In % BIP	2017	2018	2019	2020	2021	In % BiP	2017	2018	2019	2020	2021
Schweiz	+1.1	+1.3	+1.4	-3.7	-1.2	Schweiz	41.2	39.3	40.6	45.7	44.9
EU - Euroraum	-1.0	-0.5	-0.7	-9.2	-5.1	EU - Euroraum	106.1	102.7	104.0	120.9	120.3
Deutschland	+1.2	+1.9	+1.4	-7.1	-3.8	Deutschland	74.1	70.3	69.3	84.3	85.3
Frankreich	-2.9	-2.3	-3.0	-10.4	-5.5	Frankreich	123.2	121.6	124.2	144.1	142.2
Italien	-2.4	-2.2	-1.6	-11.2	-6.8	Italien	153.0	148.3	156.2	181.3	176.3
Österreich	-0.8	+0.2	+0.7	-7.3	-3.2	Österreich	102.0	96.6	94.7	106.7	107.2
Belgien	-0.7	-0.8	-1.9	-8.6	-3.8	Belgien	120.6	118.5	121.6	138.2	135.3
Dänemark	+1.5	+0.5	+3.7	-7.6	-3.8	Dänemark	49.1	47.8	47.1	57.7	57.4
Niederlande	+1.3	+1.4	+1.7	-11.5	-5.9	Niederlande	70.7	65.7	62.1	75.8	78.6
Norwegen	+5.0	+7.8	+6.4	-1.4	+1.4	Norwegen	44.7	45.6	46.7	N.v.	N.v.
Spanien	-3.0	-2.5	-2.8	-10.3	-6.2	Spanien	115.8	114.7	117.1	139.5	137.4
Schweden	+1.4	+0.8	+0.5	-8.0	-7.0	Schweden	51.7	50.2	46.7	52.8	60.7
Kanada	-0.1	-0.4	-0.3	-7.5	-2.6	Kanada	95.2	93.8	94.5	103.7	104.8
Japan	-2.9	-2.3	-2.6	-11.6	-5.9	Japan	222.2	224.2	225.3	244.4	247.7
Vereinigtes Königreich	-2.4	-2.2	-2.1	-12.4	-7.8	Vereinigtes Königreich	119.9	116.6	116.1	137.7	136.2
USA	-4.3	-6.7	-7.3	-15.0	-10.5	USA	105.7	106.7	108.5	128.8	133.0
OECD Ø	-2.3	-2.9	-3.3	-11.1	-7.1	OECD Ø	110.1	108.9	109.9	126.6	128.5

<sup>6</sup> *Datenquellen:* Schweiz: [Finanzstatistik](#); andere Länder: [OECD Economic Outlook, Juni 2020, "single-hit scenario"](#); Fremdkapitalquote Norwegen [OECD Data \(August 2020\)](#).

**Defizitquote und Fremdkapitalquote** - Die [Tabelle 1](#) enthält einen internationalen Vergleich der Defizitquote und der Fremdkapitalquote in Prozent des nominalen BIP. Im Zeitraum 2017 bis 2019 gehört die Schweiz zur Gruppe von Ländern mit einem Überschuss. Dazu gehören auch Deutschland, Dänemark, die Niederlande, Norwegen und Schweden. Hingegen weisen Frankreich, Italien, Belgien, Spanien, Kanada, Japan, das Vereinigte Königreich und die USA für den gleichen Zeitraum eine Defizitquote aus.<sup>7</sup> Interessanterweise ergeben sich bei der Betrachtung der Fremdkapitalquote die gleichen beiden Ländergruppen. Die Schweiz, Deutschland, Dänemark, die Niederlande, Norwegen und Schweden weisen im Zeitraum 2017–2018 alle eine Fremdkapitalquote von weniger als 80% des nominalen BIP aus. Bei allen anderen Ländern beträgt die Fremdkapitalquote mehr als 90%. Aus der [Tabelle 1](#) ist ersichtlich, dass nicht alle Staaten gleich gute finanzielle Voraussetzungen hatten, um die durch die Covid-19-Pandemie ausgelöste Wirtschaftskrise zu bewältigen. Mit Ausnahme der Schweiz und von Norwegen dürften alle in der [Tabelle 1](#) aufgeführten Staaten 2020 ein Defizit von mindestens 7% des BIP verzeichnen. Mit Defiziten von -3,7% und -1,4% werden die öffentlichen Finanzen der Schweiz und von Norwegen vergleichsweise weniger unter der Krise leiden. Die Fremdkapitalquote dürfte in den meisten Staaten um mehr als 10 Prozentpunkte steigen. Für die Schweiz wird ein Anstieg von 5,1 Prozentpunkte erwartet. Die Auswirkungen der Krise auf die öffentlichen Finanzen der Schweiz dürften im Vergleich zu den meisten anderen Industrieländern weniger heftig ausfallen, wie der [Tabelle 1](#) zu entnehmen ist. 2021 wird sich Wirtschaft in der Schweiz und weltweit voraussichtlich nur moderat erholen und die meisten Länder (einschliesslich Schweiz) dürften weiterhin ein Defizit ausweisen. Die Entwicklung der Fremdkapitalquote wird heterogener sein. In der Schweiz, der Euro-Zone und dem Vereinigten Königreich dürfte sie sich leicht rückläufig entwickeln, in Nordamerika (Kanada, USA) und in Japan dagegen weiter ansteigen.

<sup>7</sup>Österreich erzielte 2017 zunächst ein Defizit, 2018 und 2019 einen Überschuss.

**Tabelle 2:** Einnahmen- und Staatsquote<sup>8</sup>

In % BiP	2017	2018	2019	2020	2021	In % BiP	2017	2018	2019	2020	2021
Schweiz	33.1	32.6	32.9	34.4	33.5	Schweiz	32.0	31.3	31.5	38.1	34.6
EU - Euroraum	46.2	46.5	46.5	45.2	45.7	EU - Euroraum	47.2	47.0	47.2	52.7	49.3
Deutschland	45.7	46.4	46.8	45.5	45.9	Deutschland	44.4	44.6	45.4	51.0	47.1
Frankreich	53.6	53.6	52.8	51.7	51.9	Frankreich	56.4	55.8	55.8	60.9	58.1
Italien	46.3	46.3	47.1	46.9	47.0	Italien	48.8	48.5	48.7	55.2	50.4
Österreich	48.2	48.8	48.5	47.1	48.2	Österreich	48.9	48.6	48.0	54.1	49.8
Belgien	51.2	51.4	50.3	49.4	49.7	Belgien	51.9	52.1	51.9	58.2	55.7
Dänemark	52.8	51.4	53.6	49.1	51.3	Dänemark	51.2	50.9	51.1	56.1	51.5
Niederlande	43.7	43.5	43.8	41.0	42.5	Niederlande	42.4	42.1	42.2	47.2	44.6
Norwegen	54.6	55.6	57.8	53.7	56.5	Norwegen	49.6	48.2	49.9	52.9	52.8
Spanien	38.2	39.2	39.3	36.8	37.5	Spanien	41.2	41.7	41.9	46.3	44.2
Schweden	49.7	49.6	48.7	47.3	47.3	Schweden	48.3	48.8	48.3	52.7	48.9
Kanada	40.4	40.7	40.8	34.8	39.5	Kanada	40.6	41.0	41.2	46.7	43.3
Japan	34.2	35.0	34.8	35.1	36.3	Japan	37.3	37.4	37.6	42.1	38.3
Vereinigtes Königreich	36.6	36.6	36.6	36.4	36.8	Vereinigtes Königreich	39.1	38.8	38.7	44.7	42.2
USA	30.8	29.5	30.3	26.0	30.3	USA	35.2	35.1	36.1	41.4	38.9

**Einnahmen- und Staatsquote** Aus der [Tabelle 2](#) mit den Einnahmenquoten und Staatsquoten einer Auswahl von Industrieländern ist ersichtlich, dass deren Quoten sehr heterogen sind. Einerseits weisen die USA, die Schweiz, Japan, das Vereinigte Königreich, Spanien und Kanada im Zeitraum 2017 bis 2019 relativ tiefe Quoten aus. Andererseits sind die Quoten in Ländern wie Norwegen, Frankreich, Belgien und Dänemark relativ hoch. Im Zeitraum 2017 bis 2019 sind die Einnahmenquote und die Staatsquote in allen Ländern relativ stabil geblieben.

Die Wirtschafts- und Gesundheitskrise dürfte 2020 die öffentlichen Finanzen der Staaten sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben belasten. Die [Tabelle 2](#) zeigt jedoch, dass die Auswirkung auf die Einnahmenquote in den meisten Ländern kaum spürbar sein wird. Dies erklärt sich durch den Basiseffekt als Folge des im gleichen Zeitraum stark rückläufigen BIP und durch die Tatsache, dass die Einnahmen in den meisten Ländern gleich stark zurückgehen werden wie das nominale BIP. Interessanterweise ist jedoch in Norwegen, Dänemark, Kanada und den USA ein relativ starker Rückgang der Einnahmenquote festzustellen. Er erklärt sich durch den hohen Anteil der Einnahmen aus der Rohstoffproduktion, namentlich Erdgas und Erdöl, im Haushalt dieser Länder. Aufgrund der Krise sind die Preise dieser Rohstoffe und die daraus resultierenden Einnahmen stärker gesunken als das nominale BIP. Solange kein Staat Steuererhöhungen beschliesst oder dazu gezwungen wird, dürfte die Einnahmenquote im Jahr 2021 in den meisten Ländern stabil bleiben.

Die Entwicklung der Staatsquote wird sich vermutlich wesentlich von der Entwicklung der Ein-

<sup>8</sup> *Datenquellen:* Schweiz: [Finanzstatistik](#); andere Länder: [IMF Fiscal Monitor](#), April 2020.

nahmenquote unterscheiden, wie dies der [Tabelle 2](#) zu entnehmen ist. Die Massnahmen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise als Folge der Covid-19-Pandemie werden voraussichtlich in allen Ländern (einschliesslich der Schweiz) zu stark steigenden Ausgaben führen. Ausserdem dürfte der kräftige Rückgang des nominalen BIP den Anstieg der Staatsquote noch verstärken, der in der Schweiz mit einer Erhöhung um 6,6 Prozentpunkte von 31,5% auf 38,1% in 2020 ähnlich ausfallen wird wie in den übrigen untersuchten Ländern. Da die meisten von den Staaten finanzierten Unterstützungsmassnahmen zur Bewältigung der Krise 2021 voraussichtlich nicht weitergeführt werden, dürfte die Staatsquote in allen Ländern erneut sinken. In der Schweiz dürfte sie auf 34,6% oder 3,1 Prozentpunkte über dem Vorkrisenstand zu liegen kommen. Die Staatsquote in der Schweiz wird erneut tiefer sein als diejenige der anderen untersuchten Länder.<sup>9</sup>

---

<sup>9</sup>Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Beiträge an die Krankenkassen, Unfallversicherungen und Pensionskassen in der Staatsquote unberücksichtigt bleiben, da es sich um private Einrichtungen handelt. Dies kann den Vergleich mit anderen Staaten bis zu einem gewissen Grad verfälschen.

## 5 Anhang

Sowohl der Kurzbericht über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen als auch der Jahresbericht enthielten verschiedene Anhänge zu den Methoden oder zur Terminologie. Der Kürze halber sind die folgenden Anhänge zu dieser Publikation neu auf unserer Webseite zu finden. Hierzu die entsprechenden Links:

- [Übersicht: Methoden und Modelle der Finanzstatistik](#)
- [Umfang der Finanzstatistik](#)